

Stadt Pforzheim
Beteiligungsbeirat der Stadt Pforzheim

Sitzung
am 13. Mai 2015 um 18.00 Uhr
Neues Rathaus, Marktplatz 1, Pforzheim
Besprechungszimmer Dezernat I, 6. OG

P R O T O K O L L

Anwesende

stimmberechtigte Mitglieder

- Jürgen von der Ehe
- Fazli Isbilen
- Mehmet Özdemir
- Lukas Löwe
- Wolfgang Faber
- Jan Gutjahr

StellvertreterInnen

- Sascha Rehm
- Peter Lange
- Marco Fischer
- Andreas Schamott

Verantwortliche aus der Verwaltung

- Frau Blohm, Jugend- und Sozialamt
- Herr Strohmayer, Pressereferent
- Frau Pfothenhauer, Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung

Herr Stadtrat Spohn erschien zur Sitzung und erklärte sich vor deren Beginn für befähigt.

Öffentlicher Teil

Top 1 Begrüßung

Frau Pfothenhauer, Geschäftsstelle Beteiligungsbeirat, begrüßt die Anwesenden und dankt ihnen für ihr Kommen. Weiterhin spricht sie den thematisch Verantwortlichen aus der Verwaltung ihren Dank aus, dass sie dem Beteiligungsbeirat in dieser Sitzung zur Verfügung stehen.

Top 2 Grundsätze der Bürgerbeteiligung

Der Leitfaden Bürgerbeteiligung der Stadt Pforzheim enthält Grundsätze zur Bürgerbeteiligung, zu deren Einhaltung sich die Stadt verpflichtet hat. Sie sollen zur Qualität von Bürgerbeteiligungsprozessen beitragen. Frau Pfothenhauer stellt den Anwesenden die Grundsätze vor:

Bürgerbeteiligung in Pforzheim...

... findet auf einer belastbaren Grundlage statt.

Hierzu zählen neben dem politischen Willen zur Einhaltung der Regelungen des Leitfadens auch ein ergebnisoffenes Beteiligungsverfahren sowie im Rahmen der Möglichkeiten ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen.

... wird transparent und nachvollziehbar gestaltet.

Dies bezieht sich sowohl auf die Ziele des Verfahrens und die Aufgaben als auch auf die Handlungsspielräume und Rollen der Akteure. Auch die einzelnen Prozessschritte und eine im Anschluss an das Beteiligungsverfahren getroffene begründete Entscheidung müssen entsprechend kommuniziert werden. Weiterhin soll der Nutzen der Beteiligung für alle erkennbar sein.

... ist geprägt von einem fairen Umgang miteinander.

Inhalte werden allgemeinverständlich vermittelt, Vereinbarungen sind verlässlich, Zusagen werden eingehalten und keine der Anregungen geht verloren.

... findet auf Basis einer frühzeitigen Information und rechtzeitig statt.

Die Zeitpunkte sind so zu wählen, dass das Ziel der Beteiligung noch erreicht werden kann.

... zeichnet sich aus durch eine respektvolle Zusammenarbeit aller Akteure.

Die Akteure gehen wertschätzend miteinander um und kommunizieren auf gleicher Augenhöhe. Gegenseitige Toleranz, zielgruppenadäquate Ansprache und niedrigschwellige oder aufsuchende Beteiligungsangeboten zählen ebenfalls dazu.

... zeigt Wirkung.

Dies tut sie, „indem Ergebnisse die (politische) Entscheidungsfindung wesentlich prägen und schließlich auch wahrnehmbar umgesetzt werden.“

Top 3 Beteiligungskonzept zum Thema „Errichtung von Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber“

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes drückt Frau Blohm ihren Dank aus als Gast an der Sitzung teilzunehmen und mit den Beiratsmitgliedern ins Gespräch zu kommen, bevor sie in das Thema Asyl allgemein einführt. Hierbei verdeutlicht sie, dass die Aufnahme von AsylbewerberInnen eine Pflichtaufgabe darstellt. Grundlage bildet der Anspruch von politisch Verfolgten auf Asyl im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Aktuell wird auf Bundesebene davon ausgegangen, dass 450.000 Asylantragsteller in diesem Jahr nach Deutschland kommen. Die Antragstellung erfolgt bei Mitarbeitern des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in den Außenstellen in den Erstaufnahmestellen. Eine Verteilung der AsylbewerberInnen erfolgt nach der Herkunftsländerzuständigkeiten der Mitarbeiter in

den Außenstellen sowie anhand des „Königsteiner Schlüssels“. Danach muss das Land Baden-Württemberg rund 13 % aller antragstellenden Personen aufnehmen. Die Bundesländer sind zuständig für deren Unterbringung, die landesspezifischen rechtlichen Regelungen unterliegt. In Baden-Württemberg wird die Verteilung auf die Kommunen nach deren Einwohnerzahl vorgenommen. Für Pforzheim gilt aktuell eine Zuweisungsquote von 1,25 %. Für die Kosten für Unterbringung, Versorgung und Krankenhilfe in der vorläufigen Unterbringen von AsylbewerberInnen erhalten die Kommunen vom Land eine einmalige Pauschale (bei Folgeanträgen 1/3 der Pauschale), die allerdings unabhängig von den tatsächlichen Ist-Kosten ist. Für die Anschlussunterbringung findet keine Kostenerstattung durch das Land statt.

In Pforzheim sind derzeit 444 Personen in Unterkünften untergebracht. Damit sind fast alle der 450 verfügbaren Plätze belegt. Aufgrund der vom Bund veröffentlichten Prognose geht die Stadt Pforzheim von einem voraussichtlichen Platzbedarf von mehr als 1200 Plätzen bis Ende 2016 aus. Der Realisierung dieser zusätzlichen Plätze liegt ein strategischer Gemeinderatsbeschluss (Vorlage Q 0220) zugrunde. Hiernach werden dezentrale Unterkünfte für maximal 40 Personen errichtet, die möglichst gleichmäßig über das Stadtgebiet verteilt sind. Weiterhin besteht das Ziel 150 Asylsuchende nach einer Eingewöhnungszeit in Wohnungen unterzubringen.

Nach dem inhaltlichen Einstieg in das Thema Asyl geht Herr Strohmayer auf die Bereiche Kommunikation und Bürgerbeteiligung ein. Hierbei berichtet er von den bereits erfolgten Bürgerinformationsveranstaltungen im Themenbereich Asyl und erläutert weitere Kommunikationswege der Stadt über das Thema. Beispielsweise hat die Stadt Pforzheim im April 2015 3000 Haushalte mit Wurfsendungen über geplante Vermessungsarbeiten an den in der Gemeinderatsvorlage enthaltenen Standorten für Asylbewerberunterkünften informiert. Sobald bekannt ist, an welchen Standorten zuerst Neubauten realisiert werden, werden noch vor dem Gemeinderatsbeschluss die Presse, die Fraktionsvorsitzenden, Ortschaftsräte und Ortsvorsteher sowie die Bürgervereine und Organisationen informiert. Zudem sind lokale Bürgerinformationen in zeitlicher Nähe zu den Beratungen der gemeinderätlichen Gremien vorgesehen. Der Schwerpunkt dieser Veranstaltungen liegt auf der Fragestellung wie eine Integration der Asylsuchenden ermöglicht werden kann.

Die Anwesenden beraten über den von der Verwaltung erarbeiteten Vorschlag zu einem Beteiligungskonzept. Im Folgenden wird die Synthese daraus festgehalten.

Beteiligungsgegenstand

Die Realisierung des Gemeinderatsbeschlusses zur Errichtung von Asylbewerberunterkünften soll neben der verstärkten Öffentlichkeitsarbeit von Bürgerbeteiligung begleitet werden. Diese soll sowohl einen informativen Charakter als auch eine dialogorientierte Ausrichtung beinhalten. Im Fokus wird dabei stehen, wie den Asylbewerberinnen und Asylbewerbern am konkreten Standort durch die lokale Aufnahmegesellschaft geholfen und eine Integration in das gesellschaftliche Leben

ermöglicht werden kann. Die Veranstaltung vor Ort soll damit auch die Funktion einer Initiierung und Förderung von bürgerschaftlichem Engagement im Quartier haben. Dies kann beispielsweise durch den Aufruf zur Übernahme von Patenschaften erfolgen. Gesucht werden hierbei Menschen, die Asylsuchenden bei Fragen zur Verfügung stehen und sie z. B. zu Terminen begleiten.

Voraussetzung hierfür ist auch, dass den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort grundlegendes Wissen über den Themenbereich Asyl und das konkrete Vorhaben vermittelt wird. Daher sollen Informationen zu folgenden Bereichen gegeben werden: Bauvorhaben (z. B. zeitliche Abläufe), Alltagsleben in einer Unterkunft, rechtliche Rahmenbedingungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie vorhandene Betreuungsangebote und Ansprechpartner (sowohl für Anlieger als auch für Asylsuchende). Weiterhin soll erläutert werden, welche Voraussetzungen für die Nutzung von Bestandsimmobilien zur Unterbringung vorliegen und warum diese in Pforzheim zur Notwendigkeit der Realisierung von Neubauten führen. Im Rahmen der Veranstaltung soll beispielsweise auch eine Aufklärung der Bürgerschaft erfolgen aus welchen Herkunftsländern die Asylbewerberinnen und Asylbewerber stammen und in welcher Situation diese sich in ihrer Heimat befinden. Grundsätzlich ist bei den Ausführungen auf eine einfache und allgemeinverständliche Sprache zu achten, die von klaren Formulierungen geprägt wird.

Zielgruppen der Veranstaltungen

Die Veranstaltungen richten sich neben der allgemeinen Öffentlichkeit speziell an die Akteure in der jeweiligen Nachbarschaft zum Standort der Asylbewerberunterkunft. Hierzu gehören sowohl die Anlieger als auch in dem jeweiligen Stadtteil engagierte Gruppen. Hervorzuheben sind hierbei (Bürger-)Vereine, die Sozialraumkonferenz und Kirchengemeinden / Religionsgemeinschaften. Diese sollen gezielt eingeladen und eingebunden werden.

Prozessplanung

Noch vor Veröffentlichung des Umsetzungskonzepts zur Realisierung der Standorte (vgl. Vorlage Q 0220) werden neben dem Gemeinderat auch die Presse, die Ortsverwaltungen und die Bürgervereine über den Inhalt informiert. Hiernach erfolgen erste Baubeschlüsse, die mittels Beschlussvorlagen in die gemeinderätlichen Beratungen eingebracht werden. Die Veranstaltungen zur Bürgerbeteiligung sollen ebenfalls in zeitlicher Nähe stattfinden. Angedacht ist eine Durchführung werktags ab 18 Uhr.

Methoden

Ein Moderator wird durch die Veranstaltung führen und die Redebeiträge koordinieren. Neben ihm werden die zuständige Dezernentin sowie einzelne Experten zu unterschiedlichen Bereichen der Thematik anwesend sein (vgl. Beteiligungsgegenstand). Anhand von Erfahrungsberichten von bereits bestehenden Unterkünften soll ein Bild davon vermittelt werden, wie sich die Situation im Umfeld von Asylbewerberunterkünften an anderen Standorten in Pforzheim darstellt. Hiermit sollen vorhandene Bedenken oder Befürchtungen genommen werden. Zusätzlich soll auf der Veranstaltung die Möglichkeit eröffnet werden, Sorgen und Ängste zu äußern, die mit der Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft für 40 Personen im Sozialraum entstanden sind. Diese sollen vorgetragen und mit den ExpertInnen besprochen werden können. Parallel hierzu wird das Angebot eröffnet die entstandenen Sorgen und Ängste nonverbal zu äußern. Hierzu wird eine Postbox aufgestellt, in die verschriftlichte Anliegen eingeworfen werden können. Diese sollen soweit möglich während der Veranstaltung beantwortet werden.

Am Ende einer Veranstaltung werden die Teilnehmenden gebeten an Feedback-Wänden ihre Reaktionen, Einschätzungen und Kommentierungen zur Veranstaltung schriftlich zu fixieren. Hierdurch sollen Erkenntnisse gewonnen werden, um weitere Veranstaltungen in dem Themenbereich noch weiter auf die Bedürfnisse und Anforderungen der BürgerInnen auszurichten.

Die Veranstaltungen vor Ort sollen ergänzt werden durch eine verstärkte Nutzung der sozialen Medien durch die Stadt (z. B. städtische Facebook-Seite).

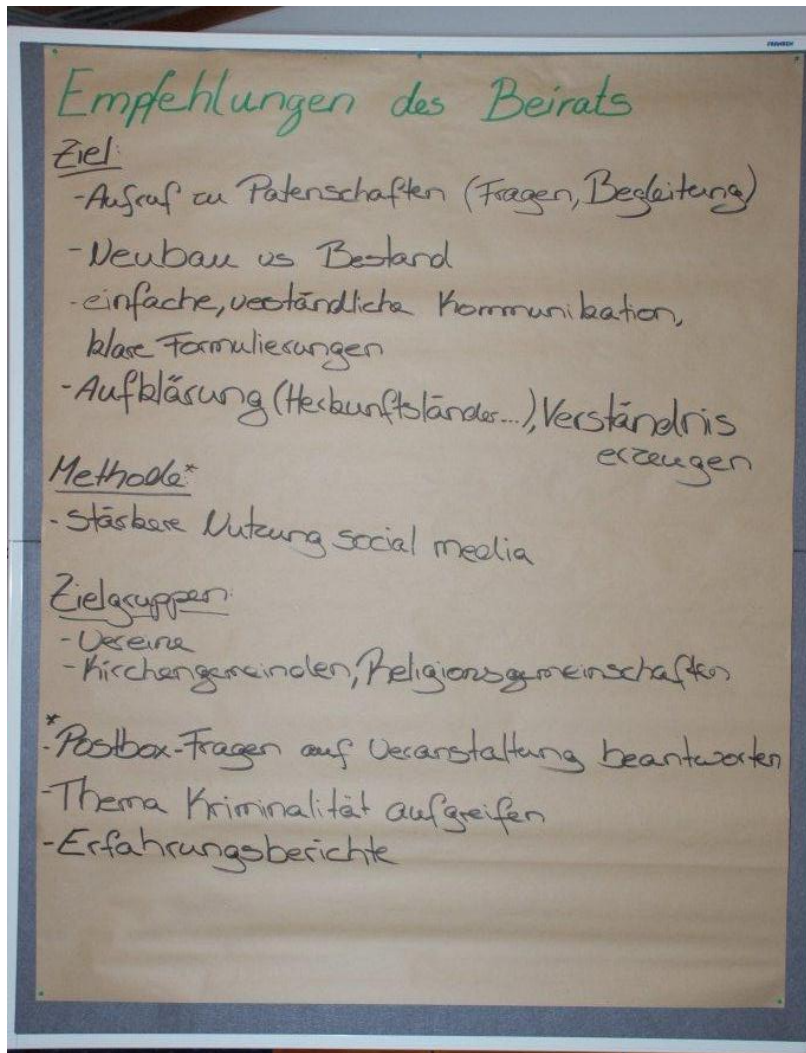
Alle anwesenden stimmberechtigten Mitglieder des Beteiligungsbeirats stimmen dem erarbeiteten Beteiligungskonzept zu.

Top 4 Organisatorisches

Die stimmberechtigten Mitglieder tragen sich in die Anwesenheitsliste ein. Frau Pfothhauer kündigt an, dass die nächste Sitzung des Beteiligungsbeirats nach der Sommerpause stattfinden wird. Sie bedankt sich bei den Anwesenden für ihre gute und konstruktive Zusammenarbeit und lädt sie zum Besuch der geplanten Veranstaltungen ein. Entsprechende Informationen wird sie dem Beteiligungsbeirat zukommen lassen.

Anhang

Ergebnisdokumentation



Pforzheim, den 18.05.2015

Katharina Pfothner, Geschäftsstelle Beteiligungsbeirat